

Kita-Debatte Laut Infra würden Mütter gegen Mütter ausgespielt

SCHAAN Bei Infra, der Informations- und Kontaktstelle für Frauen, ist man von der bisherigen Debatte um die Finanzierung von Kindertagesstätten (Kita) enttäuscht. Dabei würden berufstätige Mütter einmal mehr gegen Mütter, die ihre Kinder zu Hause betreuen, ausgespielt. «Diese Polemik nützt niemandem, erschwert differenzierte Lösungen und blendet wesentliche Realitäten aus», heisst es in einem Forumsbeitrag der Infra. Die Erwerbstätigkeit sei heutzutage für viele Frauen eine Selbstverständlichkeit - was angesichts von langen Ausbildungszeiten, hohen Scheidungsraten und einer eigenständigen Altersvorsorge durchaus sinnvoll sei.

Infra kritisiert zudem, dass Männer aus der Debatte völlig ausgeblendet werden. Dabei würden auch diese oft an fehlenden familienfreundli-

chen Rahmenbedingungen scheitern. «Genügend und finanzierbare Kinderbetreuungsplätze sind für ein Gelingen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentraler Faktor», heisst es weiter.

Zur Existenzsicherung notwendig

Vielen Eltern gehe es aber gar nicht um den Wunsch nach Vereinbarkeit - die Erwerbstätigkeit der Mutter sei schlicht zur Existenzsicherung notwendig. Werden Subventionsbeiträge nach dem Giesskannenprinzip verteilt, würden für zu Hause gebliebene Mütter kaum wirksame Verbesserungen eintreten. Und mit einer «vermeintlichen Gerechtigkeit» für Hausfrauen habe dies schon gar nichts zu tun. Wichtiger wäre es laut Infra, die Pensionsvorsorge für Hausfrauen trotz Erwerbslosigkeit weiterzuführen. (df)

Erwerbstätige Mütter versus Hausfrauen statt guter Rahmenbedingungen für Eltern

Schade, dass in der gegenwärtigen Diskussion um die Kita-Finanzierung einmal mehr berufstätige Mütter gegen Mütter, die ihre Kinder zu Hause betreuen, ausgespielt werden. Diese Polemik nützt niemandem, erschwert differenzierte Lösungen und blendet wesentliche Realitäten aus. Erwerbstätigkeit ist heute im Selbstverständnis der allermeisten Frauen eine Selbstverständlichkeit. In unserer Gesellschaft, in der gesellschaftliche Anerkennung und Erwerbstätigkeit eng verknüpft sind, in der viel Geld und Energie in Bildung und Ausbildung investiert werden, in der die Scheidungsrate sehr hoch ist und in der nur über Erwerbstätigkeit eine eigenständige Altersvorsorge aufgebaut werden kann, macht dies auch Sinn. Die meisten Frauen wollen Beruf und Familie verbinden - im Übrigen auch viele Väter, die in der Diskussion völlig aussen vor gelassen werden, als ginge sie Kinderbetreuung überhaupt nichts an! Oft scheitern Mütter und Väter an fehlenden familienfreundlichen Rahmenbedingungen. Genügend und finanzierbare Kinderbetreuungsplätze sind für ein Gelingen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentraler Faktor.

In Liechtenstein sind beispielsweise nur zwei Drittel der Frauen mit einem Abschluss einer höheren Fachschule berufstätig, bei den Akademikerinnen sind es 79 Prozent. Pro Studierende gibt Liechtenstein circa 200 000 Franken aus, bei einigen Studienrichtungen bis zu 500 000 Franken. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es darum sinnvoll, familienergänzende Einrichtungen zu unterstützen, die gut ausgebildeten Frauen die Berufsausübung auch möglich machen. Für sehr viele Alleinerziehende und junge Familien mit geringem Einkommen geht es jedoch nicht um den Wunsch nach Vereinbarkeit, sondern die Erwerbstätigkeit der Mütter ist für sie zur Existenzsicherung notwendig. Mit zunehmendem Druck auf dem Arbeitsmarkt bietet die Verteilung der finanziellen Verantwortung für die Familie auf möglichst viele Schultern auch langfristig mehr Sicherheit.

Für Eltern, die sich dafür entscheiden, dass die Mutter die Erwerbstätigkeit während der Kinderphase

einstellt, und der Vater in dieser Zeit allein für das Familieneinkommen zuständig ist, bringen Subventionsbeiträge nach dem Giesskannenprinzip kaum wirksame Verbesserungen und haben schon gar nichts mit einer vermeintlichen Gerechtigkeit für Hausfrauen gegenüber erwerbstätigen Müttern zu tun. Wer die Arbeit der Mütter nicht nur verbal hoch lobt, sondern wirklich wertschätzt, setzt sich besser dafür ein, dass sie während der Familienphase nicht aus dem System der Sozialversicherung kippen, sondern, wie auch schon in dieser Diskussion gefordert, die Möglichkeit haben, weiterhin eine Rente aufzubauen. Dazu gab es schon vor Jahren ein Gutachten von J. Brechbühl, das konkrete, praktikable Vorschläge aufzeigte. Der damalige Familienrat favorisierte die Einrichtung einer externen Versicherung in der Pensionskasse, die es Müttern beziehungsweise Vätern ermöglichen würde, ihre bisherige Pensionsvorsorge für eine begrenzte Zeit weiterzuführen. Zur Umsetzung kam es nicht, die Honorierung der Familienarbeit der Mütter blieb einmal mehr ein verbales Versprechen. Die laufende Reform der betrieblichen Personalvorsorge ist eine Möglichkeit, den Tatbeweis anzutreten. Man darf gespannt sein. Diese Frage ist aber völlig losgelöst von der Kita-Finanzierung zu behandeln, denn es handelt sich schlicht um zwei ganz verschiedene Baustellen.

Informations- und Kontaktstelle für Frauen (Infra)